



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

05. Juli 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Bundestag kommt diese Woche zum letzten Mal vor der parlamentarischen Sommerpause zusammen. Die wichtigste Debatte dieser Woche - soweit heute absehbar - führen wir am Donnerstag: Da entscheiden wir über die drei vorliegenden Anträge zur gesetzlichen Fassung der Präimplantationsdiagnostik. Es wird sicher eine sehr ernsthafte und auch emotionale Debatte - wer die Diskussion verfolgen möchte, kann dies ab 9 Uhr auf PHOENIX tun.

Bis Anfang September finden in Berlin keine Sitzungen statt, dann geht es mit den Haushaltsberatungen für 2012 wieder los. Ich selbst werde auch ein paar Tage Urlaub in Darmstadt und der Umgebung machen, bevor es dann Anfang August mit der Wanderung weitergeht. Meine Büros in Darmstadt und Berlin sind aber auch über die Sommerpause erreichbar - und ich natürlich auch!

In diesem ersten Halbjahr des Jahres habe ich zwei neue Veranstaltungsformen ausprobiert, um mit noch mehr Menschen im Wahlkreis in Kontakt zu kommen: Die Bürgersprechstunden im Landkreis und die Tagesfahrten. Mein Resümee: Beide Ideen wurden positiv aufgenommen und ich will sie deshalb weiterführen. Nach Bürgersprechstunden in Pfungstadt und Weiterstadt planen wir gerade Termine in Ober-Ramstadt und Modautal. Die Fahrt nach Heidelberg war informativ und fröhlich zugleich, die Fahrt nach Mainz ist bereits ausgebucht - wir suchen gerade einen neuen Termin für alle, die am 9. August nicht mitkommen können. Falls jemand noch weitere Ideen hat: Gerne melden!

Herzliche Grüße aus Berlin von

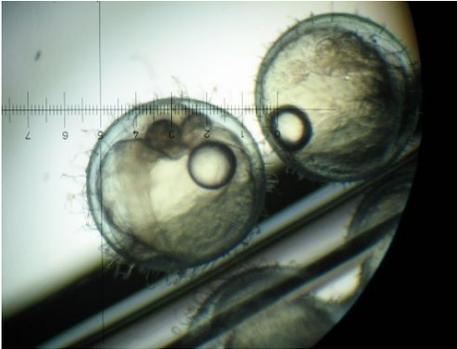
*Euer / Ihre Brigitte Zypries*

## Parteireform

### SPD - Wie weiter?

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles haben vor einigen Wochen Vorschläge zu einer Struktur-Reform der SPD vorgestellt. **Darüber ist in Darmstadt und im Landkreis eine Diskussion entstanden, wie ich aus vielen Gesprächen weiß.**

Über die Ideen der Parteispitze möchte ich mit der Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug und interessierten Genossinnen und Genossen sprechen: Ich lade Euch ein, am **16. August ab 17 Uhr im Karolinensaal Darmstadt mit Astrid Klug und mir über die geplanten Veränderungen der Parteisatzung zu diskutieren!**



Jetzt bewerben!

### Einheitspreis 2011

Egal ob eine Ausstellung über die deutsch-deutsche Fußballgeschichte oder über eine jahrelang gepflegte Schulpartnerschaft – **beim Einheitspreis entscheiden alleine Kreativität und Innovation über die Gewinner.** Bewerben können sich Personen oder Projekte, die in besonderer Weise zum Zusammenwachsen von Ost und West beitragen.

Vergeben wird der Bürgerpreis am 2. Oktober in den Kategorien *Menschen, Kultur* und *Jugend*. Für alle Interessierten ist es die letzte Chance – die Bundeszentrale für politische Bildung vergibt den Einheitspreis in diesem Jahr zum zehnten und letzten Mal. Weitere Infos gibt es unter [www.einheitspreis.de](http://www.einheitspreis.de). Einsendeschluss ist der 31. Juli.

## Präimplantationsdiagnostik: Bundestag trifft wichtige Entscheidung

Die Debatte um die PID führen wir bereits seit mehreren Monaten - auch ich habe im *Brief aus Berlin* schon darüber berichtet, in Darmstadt haben wir im Februar auf einer Veranstaltung mit Experten dazu diskutiert. **Diesen Donnerstag entscheidet der Bundestag abschließend, welche gesetzliche Regelung in Zukunft gelten wird. Uns liegen drei Vorschläge vor:** Einer, der ein gesetzliches Verbot der PID möchte, eine zweiter, der die PID zwar grundsätzlich verbieten, in Ausnahmefällen aber für nicht rechtswidrig erklären möchte und ein dritter Vorschlag, der die PID nach dem positiven Votum einer Ethikkommission für Paare ermöglichen möchte, die die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei denen mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist.

**Ich unterstütze den dritten Vorschlag, weil ich davon überzeugt bin, dass es für viele Paare mit genetischen Vorbelastungen die einzige Möglichkeit ist, ein Kind zu bekommen und wir gleichzeitig in dem Gesetzentwurf die Anforderungen an eine PID so formuliert haben, dass es eine klare Begrenzung gibt.** Viele Briefe und E-Mails von betroffenen Paaren haben mich in meiner Entscheidung bestärkt. Der Vorwurf, wir würden mit der Zulassung der PID einer Selektion, ja sogar sog. „Designerbabys“ Tür und Tor öffnen, ist meiner Ansicht nach unberechtigt: Der Vorschlag sieht nämlich gerade kein Screening vor. Damit eine PID nicht rechtswidrig ist, muss es in jedem einzelnen Fall genügend individuelle Anhaltspunkte geben, die die Prognose rechtfertigen, dass eine schwerwiegende Schädigung des Embryos vorliegt, die mit hohem Risiko zu einer Tot- oder Fehlgeburt führen wird. **Damit schließen wir Screenings an Embryonen aus,** bei denen nicht mehr bekannt ist, als dass die Frau, von der die Eizelle stammt, z.B. ein bestimmtes Alter überschritten hat.

Ich verstehe an der Argumentation der PID-Gegner nicht, das sie zwar für ein Verbot der PID sind, Abtreibungen und Spätabbrüche bei möglichen (lebensbedrohlichen) Fehlentwicklungen des Babys, wenn die Mutter sich der Lage nicht gewachsen sieht, auch nach deren Ansicht nach wie vor straffrei bleiben. So wird die schwierige Entscheidung der betroffenen Paare doch nur auf später „vertagt“.

Das Ergebnis der Abstimmung ist schwer vorhersehbar, da noch viele Kolleginnen und Kollegen unentschlossen sind. Sicher wird auch die fast fünfstündige Debatte für viele noch einmal wichtige Argumente für und gegen die Zulassung der PID aufgreifen. **Im Sinne der betroffenen Paare würde ich mir wünschen, dass der Vorschlag für die begrenzte Zulassung eine Mehrheit findet.**



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fotos:  
[aboutpixel/WilliTheBee](#) (S. 2)  
[aboutpixel/Steve\\_ohne\\_s](#) (S. 3)

## Behindertenrechtskonvention: Herausforderung und Chance für eine inklusive Gesellschaft

2006 hat die UN-Generalversammlung die Behindertenrechtskonvention beschlossen, 2008 ist das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten. **Seit März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland. Ziele der Konvention sind echte Chancengleichheit, Teilhabe und Teilnahme von Menschen mit Behinderung und die inklusive Bildung** - ganz nach dem Motto: „Was heute nicht getrennt wird, muss später nicht wieder mühsam zusammengeführt werden“.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens hat die SPD den Prozess der Umsetzung der Konvention in deutsches Recht intensiv begleitet - denn erst bei der konkreten Ausgestaltung des Rechts zeigt sich der wahre Wille, echte Gleichberechtigung von behinderten und nicht-behinderten Menschen zu schaffen. Die Bundesregierung hat erst im Juni 2011 einen Aktionsplan vorgelegt, der Anhaltspunkte geben soll, wie die Konvention in Deutschland umgesetzt werden soll - dieser war längst überfällig. **Leider wurde mit dem Aktionsplan eine echte Chance vertan, denn außer Ankündigungen und Absichtserklärungen gibt es wenig Konkretes. Das zeigt auch die deutliche Kritik vieler Verbände, wie z.B. von der Lebenshilfe, der Diakonie, dem SoVD - selbst der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung sieht weiteren Handlungsbedarf.** Vielen Betroffenen gehen die Vorschläge nicht weit genug, kritisiert wird beispielsweise, dass wichtige Bereiche wie die Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen für die Eingliederungshilfe ausgeklammert wurden. Außerdem fehlt die Umsetzung von Ideen und Rückmeldungen der Betroffenen und Verbände, die über Beteiligungsveranstaltungen eingebracht wurden.

Am Freitag diskutieren wir im Deutschen Bundestag zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. **Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion umfasst auf 57 Seiten konkrete Vorschläge und Maßnahmen: Angefangen von der Ausgestaltung eines inklusiven Bildungssystems - mit einem Wahlrecht der Eltern für die vorschulische und schulische Bildung - bis hin zu einem Sofortprogramm für den barrierefreien Umbau von Einrichtungen im Gesundheitsbereich.** Die Umsetzung der Konvention ist eine große Herausforderung für viele Bereiche unserer Gesellschaft - **nutzen wir jetzt die Chance für echte Gleichberechtigung und Teilnahme von nicht-behinderten und behinderten in unserer Gesellschaft!**